**Internationale Schiedsgerichtbarkeit und Straffreiheit für Multinationale: Erkenntnisse aus zwei Fallstudien**

**21.05.2021 - 16.00 bis 17:30 Uhr**

***SDGs:*** 16, 13, 12

**Gäste:**

**Pablo Fajardo:** Anwalt des Chevron-Falls und der UDAPT, Ecuador

**Humberto Piaguaje:** indigener Anführer der Siekopai, Mitglied der UDAPT - Union der Betroffenen der Erdölförderung von Texaco (jetzt Chevron), Ecuador

**Alessandra Arcuri:** Professorin for Inclusive Law and Governance an der Erasmus Universität in Rotterdam, Niederlande

**Maike Niehof**: LLM International and European Union Law candidate, Niederlande

**Bart-Jaap Verbeek:** SOMO (Centre for Research on Multinational Corporations), Niederlande

**Christian Russau**: Dachverband der Kritischen Aktionär:innen und FDCL(Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.), Deutschland

**Moderatorin: Mónica Vargas:** Transnational Institute

**Mónica:**

* Begrüßung und Dank an die Gäste und Organisator:innen
* Anlass des Webinars: 21. Mai ist Anti-Chevron Tag
* Thema: Schiedsgerichte und Straffreiheit für große Unternehmen
* Genauere Themen: Investor-Staat Streitbeilegungsverfahren (ISDS) und verschiede Fälle, u. A. in Ecuador und den Niederlanden
  + Ein Fall in der Amazonasregion, bei dem es zu großer Umweltverschmutzung kam und die Frage, warum Strafen gegen Chevron nicht durchgesetzt werden konnten
  + Fall in den Niederlanden: es geht um die Legalität des ISDS-Systems im Rahmen der europäischen Gesetzgebung und im Energiecharta-Vertrag

**1. Fallstudie 1. Das Schiedsverfahren zwischen Chevron und dem ecuadorianischen Staat**

**Pablo Fajardo**: Anwalt des Chevron-Falls und der UDAPT, beteiligt an globalen Kampagnen an der Uni, ist Teil des internationalen Gremiums, das sich mit Ökozid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit auseinandersetzt, Teilnahme an weiteren Prozessen, bspw. Klage gegen den ecuadorianischen Staat zur Beendigung des routinemäßigen Gasabfackelns sowie zu Klimaprozessen

* Vorstellung: lebt in Ecuador, arbeitet seit 27 Jahren an den beschriebenen Verfahren und Prozessen
* Als die Fälle anfingen, wurden unterschiedliche Unternehmen angeklagt und Urteile gegen Sie verhängt
* Was fehlt, ist die Umsetzungen und Implementierung der Entscheidungen
* Bei der finalen Entscheidung, einem Schiedsverfahren, wurde der Staat von Ecuador dazu verurteilt, das nationale Gerichtsurteil zurückzunehmen
* Urteil ist nicht mit der Verfassung vereinbar und verletzt die Menschenrechte von mehr als 30.000 Menschen, die hier für Gerechtigkeit kämpfen
* Ecuador hat das ISDS-System Infrage gestellt, da es keine höhere Instanz gibt und man nicht in Berufung gehen kann
* Weitere Probleme:
  + Beilegungsverfahren werden von Richtern getroffen, die technisch nicht auf diese Fälle vorbereitet sind, keine besondere Ausbildung dafür haben und aus dem niederländischen Rechtssystem kommen, z.B. aus dem Arbeits- oder Familienrecht, sich nicht mit solchen Arten von Investitionen auskennen
  + Verfahren sind vertraulich, also haben die Betroffenen keinen Zugang oder Zugriff zu den Unterlagen und können sich nicht verteidigen - Verstoß gegen die Menschenrechte -> Bürgerinnen werden auch nicht darüber informiert
  + Die Regierung Ecuadors hat schlechte Arbeit geleistet -> unfähig, die Entscheidung vom Schiedsgericht rückgängig zu machen
  + Mehr als 30.000 Menschen in den Amazonasregion haben nicht die Möglichkeit, an den Vorgängen teilzunehmen
  + Im letzten Glied der Kette, im Rechtssystem in den Niederlanden, wird den Unternehmen Straffreiheit gewährt
* Gesamtes Verfahren führt zu großen Problemen und wir werden zurückgelassen in Ecuador
* Genannter Fall ist schlimmes Beispiel für die Verletzung der Menschenrechte
* Die Unternehmen haben mehr Rechte als die Menschen

**2. Die große Ausgrenzung: Wie ISDS die Rechte lokaler Gemeinschaften und der Natur ausschließt**

**Alessandra Arcuri**: Professorin für Inclusive Law and Governance an der Erasmus Universität in Rotterdam, Forschungsschwerpunkte: Internationales Wirtschaftsrecht und das Verhältnis zu Menschenrechten und Umweltrecht, Lehrt auch an verschiedenen Universitäten in verschiedenen Ländern

* ISDS ist ein einzigartiges System: Es geht um Verträge zwischen 2 Staaten und dabei genießen Investoren Sonderrechte
* Probleme: Ausländische Investoren können direkt einen Staat verklagen und die lokalen Gemeinden werden komplett außen vorgelassen werden
* Das nationale System wird untergraben und die Investoren haben sehr viele Rechte
* Es ist wie ein abgekartetes Spiel: so als ob bei einem Fußballspiel nur eine Mannschaft das Recht hätte, ein Tor zu schießen
* Investoren haben fast keine Verpflichtungen und haben mehr Macht als inländische Rechtssysteme
* Investoren müssen nicht im Land, in dem sie investieren klagen, sondern können direkt zu einem Schiedsgericht gehen
* Das System ist ungleich und reicht zurück bis in die Kolonialzeit
* Damaliges Ziel: Macht der Staaten zu limitieren
* Betrifft nicht nur ungleiche Rechtsgebung, sondern mehr: lokale Gemeinden haben überhaupt keine Rechte und keine Stimme, was problematisch ist, da der Staat nicht immer die Interessen der lokalen Bevölkerung vertritt
* Besonders fatal, wenn es um Umweltverschmutzung geht, denn diese wird vollkommen außen vor gelassen
* Ein Aspekt vom Fall von Chevron: Im Schiedsverfahren ging es um einen Vertrag zwischen Ecuador und Chevron, um Schadensersatz, jedoch nicht um soziale Aspekte oder die Entschädigungen für die lokale Bevölkerung
* Vergleich zum Fall der "Deepwater Horizon" in Amerika: dort wurde eine viel höhere Summe Schadensersatz gezahlt als in Ecuador, obwohl die Umweltschäden dort viel geringer waren
* Fall zeigt: das Schiedsgericht hat Ecuador dazu aufgefordert, das ursprüngliche Urteil Ecuadors nicht rechtskräftig durchzusetzen
* D.h. ein Schiedsgericht übt Macht aus über ein lokales Gericht

**Maike Niehof**: LLM International and European Union Law candidate, Niederlande

* Man kann nicht in Berufung gehen, jedoch gibt es begrenzte Möglichkeiten, das ganze rückgängig zu machen, in den Ländern, in denen sich das Schiedsgericht befindet
* Rechtsprechung in allen Ländern anders, manche haben jedoch ein Modell von UNCITRAL, den Artikel 34, als Verfahren angenommen
* Sehr schmaler Grat, nur die Möglichkeit, ein Urteil aus Verfahrensgründen rückgängig zu machen, wird oft zugunsten der Unternehmen ausgelegt
* Funktionieren nicht so, wie andere Mechanismen, bei denen man in Berufung gehen kann
* Oft wurde vergeblich versucht, Urteile rückgängig zu machen
* Bspw. dürfen nur in Ausnahmefällen niederländische Gerichte eingreifen, und diese dürfen es auch nur eng, oft zugunsten der Unternehmen auslegen
* Nur wenn ein Verstoß gegen öffentliches Recht vorliegt, gibt es eine geringe Chance, etwas rückgängig zu machen
* Chevron hat die Lebensqualität der Menschen vor Ort stark beeinträchtigt
* Aktuell müsste sich ein niederländischer Richter mit einem Fall aus Ecuador beschäftigen, ohne ein Verständnis für die Situation vor Ort zu haben
* Das zeigt, dass der ganze Mechanismus einer neokolonialen Logik unterliegt

**3. Auswirkungen von Chevrons Umweltverschmutzung auf indigene Völker im ecuadorianischen Amazonasgebiet**

**Humberto Piaguaje:** indigener Anführer der Siekopai, Mitglied der UDAPT - Union der Betroffenen der Erdölförderung von Texaco (jetzt Chevron), Zeuge der Umweltkatastrophe und beteiligt an unterschiedlichen Prozessen gegen Chevron

* Chevron wollte in Ecuador nur Profit machen und ist seit 20 Jahren in verschiedenen Regionen tätig
* Damals haben Texaco und Chevron die Natur durch die Ölkatastrophe verseucht, viele Tiere und Menschen sind gestorben, das Ökosystem hat gelitten und die Indigene Bevölkerung war direkt betroffen
* Am schlimmsten war, dass dabei die Geister der Natur ausgelöscht wurden
* Sie sind uns besonders wichtig, da sie für die Balance und Verbindung zur Natur stehen
* Das ganze Ökosystem ist durch die Ölkatastrophe bedroht
* Chevron sagt, dass wir in andere Gebiete ziehen sollen, was sehr schwierig für uns ist
* Chevron sollte das Urteil des ecuadorianischen Staates akzeptieren
* Wir fordern eine wahre Entschädigung, die dafür sorgt, dass sich die Natur wieder erholt, damit wir in unseren Gebieten wieder leben können
* Chevron wirft uns Betrug vor, was unmöglich ist, da wir keinerlei Zugang zu Anwälten oder zu diesem Gesetzessystem haben
* Das Rechtssystem ist so ausgelegt, dass es den Konzernen dient
* Chevron vermittelt ein falsches Bild in Europa und sorgt dafür, dass in Europa nicht ankommt, was im Amazonasgebiet wirklich passiert ist
* Wir möchten nur Gerechtigkeit und Freiheit, wir möchten, dass die nächste Generation weiterleben kann, das basiert auf den Umwelt- und Menschenrechten
* Ich spreche heute hier, weil ich hoffe, dass wir viele Partner da draußen haben, die zuhören und die uns helfen werden, die Natur zu schützen
* Unsere Erde macht eine schwere Krise durch, sie leidet und ist krank, verursacht durch Ölpesten, Chemikalien
  + Wir müssen die Natur beschützen
  + Jetzt antwortet die Natur, mit Naturkatastrophen und dem Klimawandel
* Chevron hat irreparablem Schaden zugefügt und dafür sollten sie zur Rechenschaft gezogen werden
* Sie sollten die Verantwortung anerkennen und Wiedergutmachung leisten für die verursachten Schäden, die sie den Indigenen angetan haben
* Wir haben seit Ewigkeiten in diesen Wäldern gelebt und wir waren sehr reich, weil wir die Natur hier genießen konnten und das hat sich durch Chevron geändert

**4. Fallstudie 2. Die politische Debatte über ISDS in den Niederlanden und Europa, insbesondere in Bezug auf Fälle von Allgemeininteresse, wie z.B. den RWE-Klimaprozess**

**Bart-Jaap Verbeek:** Forscher bei SOMO (Centre for Research on Multinational Corporations), spezialisiert auf die transnationale Steuerung von Investitionen und die Auswirkungen auf die Umwelt, Demokratie und Menschenrechte

* 2 verschiedene Fälle: RWE und Uniper
* Internationale Investitionsverträge schützen ausländische Investoren gegen Handlung der Regierung, die Geschäftsaktivitäten beeinflussen würden oder die nach lokalem Recht z.B. Standards für faire und gerechte Behandlung durchsetzen würden
* Wird als Schutz gegen indirekte Enteignung gesehen
* Da Investitionsverträge keinen Raum für öffentliches Interesse haben, wird dies häufig nicht mit einbezogen
* Entschädigungen sollten zu einem fairen Marktwert getätigt werden, falls eine Enteignung stattfindet
* Jedoch sind diese Entschädigungen nicht weiter definiert und es gibt viele Unvorhersehbarkeiten
* Gerichte können sich Verfahren aussuchen - immer häufiger basieren Gerichtsentscheidungen auf zukünftigen Einkommenschätzungen
* Deshalb konnten wir in den letzten Jahren immer mehr Urteile und Entschädigungszahlungen sehen
* Das niederländische Parlament hat 2019 ein Gesetz zum Kohleausstieg bis 2030 verabschiedet, mit einer Übergangsphase, in der Unternehmen auf andere Energieproduktionen umsteigen können
* RWE und Uniper argumentieren, dass sie neu gebaute Kraftwerke nun nicht mehr ohne Unterstützung gewinnbringend betreiben können - Forderung nach Entschädigungen
* RWE fordert 1,4 Mrd. und Uniper 850 Mio. bis - 1 Mrd. € Entschädigung
* Nach Berechnungen haben wir festgestellt, dass die Kohleenergie durch die starke Konkurrenz der erneuerbaren Energien bereits im Wert gemindert wurde, unabhängig vom Kohleausstieg
* D.h. Erwartungen an Gewinne der Unternehmen waren schon immer unrealistisch
* Wie sinnvoll ist es also, noch neue, langfristig angelegte Kohlekraftwerke zu eröffnen?
* Bereits der Bau der Kraftwerke war umstritten, weshalb die Unternehmen sich zu emissionsarmen Technologien verpflichten mussten
* Die Energiekonzerne haben ihre Versprechen nicht eingehalten und es gab immer striktere Klimaschutzauflagen
* Beide Konzerne haben schlechte Investitionsentscheidungen getroffen und versuchen nun, die Kosten auf die Steuerzahler abzuwälzen
* Dies ist ein gefährlicher Präzedenzfall, in dem Parlamente oder Regierungen zu völlig ungerechtfertigten Entschädigungszahlungen gebracht werden könnten
* Deshalb ist es wichtig, auf Schiedsverfahren im Rahmen der Energiewende zu schauen und diese Verfahren zu reformieren
* Wir müssen für die Öffentlichkeit einstehen und faire und CO2-neutrale Energiemöglichkeiten finden

**5. Aktionäre, die die Macht von Unternehmen in Frage stellen: die Nutzung von Stimmrechten und Hauptversammlungsreden**

**Christian Russau**: Dachverband der Kritischen Aktionär:innen und FDCL(Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.), Journalist und Autor, engagiert sich im Netzwerk KoBra Kooperation Brasilien und nimmt regelmäßig an Aktionärsversammlungen teil

* Für uns, als kritische Aktionäre ist das Wort „Kritik“ sehr wichtig, denn wir tragen diese Kritik in die Unternehmen, vor allem durch die Jahreshauptversammlung
* Der Verein hat durch den Kauf einer Aktie die Möglichkeit, mit abzustimmen und zu sprechen
* Bei Uniper, RWE und Chevron waren wir regelmäßig, haben dort auch schon kritische Fragen eingebracht, vor Allem zum Energiecharta-Vertrag und dem Fall in den Niederlanden
* Die Antwort des Konzerns sagte aus, dass der Prozess gegen die Niederlande nur durch den Druck der Aktionäre zustande kam
* Bei den Anteilen an den Firmen gibt es wenige private Anteilseigner und zum größten Teil große, institutionelle Anteilseigner aus verschiedenen Ländern
* Dies führt zu einer strukturellen Asymmetrie zwischen kleinen Anteilseignern mit einem geringen Gewicht bei den Abstimmungen und großen, mit mehr Abstimmungsgewalt
* Große Anteilseigner wie Blackrock oder Wangard managen den größten Anteil von Geld in Pensionsfonds in der ganzen Welt, wobei Mitglieder oft nicht wissen, wie ihre Anlagen gemanagt werden - keine Transparenz
* Seit ein paar Jahren gibt es groß angelegt Kampagnen von NGOs, die alternativen Investitionen fordern
* Medien und Kampagnen sollten dazu genutzt werden, Druck auf die Politik auszuüben, um auch die Gesetzgebung zu verändern
* Der Weg über die Jahreshauptversammlung ist auch eine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen,
* dabei machen wir uns nicht immer Freunde und wir werden auch manchmal beschimpft oder es wird versucht, uns auszuschließen
* Was wir tun, kann keine Revolution auslösen, sondern kann durch kleine Schritte etwas bewegen und ist ein sehr langsamer Prozess
* Wir haben auch schon einige Erfolge und ein kleines Umdenken bei Unternehmen ausgelöst
* Das Problem steckt im System: Menschenrechte und Umweltschutz sollten vor den Rechten der Unternehmen stehen und das ISDS System ist ein falsches System
* Es gibt aber auch positives, so hat Germanwatch bspw. erreicht, dass ein peruanischer Bauer vor einem deutschen Gericht gegen RWE klagen darf, wegen den Folgen des Klimawandels

**Fragen der Zuschauer:innen:**

1. **Was passiert, wenn eine Regierung die Forderungen des ISDS-Systems abweist, und ist das schon einmal passiert?**

**Alessandra:** Wenn ein Staat einen Vertrag mit einem unternehmen ratifiziert, dann stimmt der Staat dem Schiedsverfahren zu und unterwirft sich dem gesamten System. Eine andere Frage wäre, ob man das ganze im Nachhinein einfach nicht umsetzten könnte. Das ist schwierig, da im gesamten Vertrag über 100 Länder vertreten sind. Ecuador ist ein besonderer Fall, da Ecuador dazu gezwungen wurde, die eigenen Prozesse zu beenden. Investoren haben viele Möglichkeiten, ihre Forderungen auch in anderen Ländern durchzusetzen. Es ist einer der stärksten Mechanismen weltweit, um so etwas durchzusetzen. In Ecuador bräuchte man Anteile an Chevron und müsste in Zusammenarbeit mit anderen Ländern versuchen, das Ganze rückgängig zu machen. Es ist sehr kompliziert und schwierig, sich dem zu verweigern.

1. **Wer sind die Richter:innen aus den Niederlanden, die sich diese Fälle angucken und inwiefern haben sie Expertise? Wie wurden sie ausgewählt?**

**Maike:** Grundsätzlich müssen Richter:innen eine bestimmte Expertise und Ausbildung in diesem Rechtverfahren haben**.** Es ist jedoch fraglich, ob sie in diesem bestimmten Fall in Ecuador mit der Situation vertraut waren. Die Schiedsrichter sind von den verschiedenen Parteien ausgewählt, die sie auch anrufen. Es sind zwar Richter aus dem normalen Rechtswesen, sie werden aber ausgewählt in diesem Fall.

1. **Wie sieht die Vereinbarkeit der Schiedsgerichtsverfahren mit der EU-Gesetzgebung aus?**

**Bart:** Das ist eine sehr relevante Frage, denn 2018 hat der europäische Gerichtshof sich mit der Frage befasst und festgestellt, dass verschiedene rechtssysteme damit nicht vereinbar waren. Die intereuropäischen Investitionsverträge mussten teilweise aufgekündigt werden. Diese Situation kann man jedoch nicht auf die Energie-Fälle anwenden. Trotzdem wird geplant, die Vereinbarkeit von EU-Rechten nochmal anzugehen und das Thema ist momentan in der Diskussion. So wurde bspw. im RWE-Fall von der Verteidigung gefordert, die Gültigkeit und Rechtmäßigkeit des Falls im Vergleich zu Deutschland zu überprüfen. Jedoch können Schiedsrichter grundsätzlich EU-Recht unterlaufen, da sie nicht daran gebunden sind, das ist sehr problematisch.

1. **Umberto, wie hast du dich gefühlt, als du von den Entscheidungen der Richter:innen aus den Niederlanden, bei denen die Stimme der Menschen vor Ort vollkommen ignoriert wurden, erfahren hast?**

**Umberto:** Wir haben uns gefragt, wie niederländische Richter:innen, die nicht wissen, was in der Amazonasregion los ist, Entscheidungen treffen können. Wir empfanden es als großes Unrecht, dass Richter:innen, die nicht mit den Entscheidungen vor Ort leben müssen, über uns entscheiden und wir als Betroffene keinerlei Möglichkeiten haben.

1. **Pablo, wie hast du die Informationen des Schiedsgerichts und der Entscheidungen erhalten?**

**Pablo:** Das ganze System ist sehr kompliziert, u. A. auch aufgrund der Geheimhaltung. Die Bevölkerung hat keinen Zugriff auf das Verfahren und Alles findet hinter verschlossenen Türen statt. Obwohl unsere Verfassung uns einen Zugang zu den Informationen zusichert, erhielten wir diese nicht. Somit lässt uns das Verfahren keine Möglichkeiten, etwas zu tun.

1. **Pablo, wie wurde dieses Urteil in anderen Ländern, z.B. in Brasilien und Argentinien umgesetzt und was war bei euch das größte Hindernis?**

**Pablo:** Es ist ein Rechtsverfahren und wir haben verschiedene andere Fälle in Argentinien, Brasilien und, Kanada gesehen und haben auch verschiedene andere Gerichte angerufen, bei denen wir teilweise auch Erfolg hatten. Die anderen Gerichte haben dem ecuadorianischen Gericht zugestimmt. Der ganze Prozess war schwierig umzusetzen und Chevron hat sich an die Schiedsgerichte in den Niederlanden gewandt, weshalb wir jetzt zwei verschiedene Urteile haben. Man muss sich überlegen, an welche Gerichte man sich wendet, denn beispielsweise das niederländische Schiedsgericht verletzt unsere Rechte.

1. **Frage zur Ratifizierung des bilateralen Investmentvertrags**

**Christian:** Brasilien hat 14 bilaterale Investmentverträge unterschrieben. 2011 gab es einen Fall in einem Kraftwerk beim Rio Madeira in Jirau, bei dem der Gerichtshof in London verantwortlich war. Das entspricht nicht dem brasilianischen Recht und so ordnete ein brasilianischer Richter Strafzahlungen für den Fall an, dass das Unternehmen zum Gericht nach London gehen würde. Das Londoner Gericht befand wiederum, dass das brasilianische Gerichtsurteil nicht korrekt gewesen sei und dass Brasilien Strafe zahlen müsse, wenn sie ihr Urteil aufrechterhalten würden.

Brasilien hat den Vertrag nie ratifiziert, wurde aber trotzdem in London angeklagt. Es ist fürchterlich, dass hier das Privatrecht vor dem öffentlichen Recht steht.

1. **Umberto, wie sieht es jetzt aus in der Amazonasregion? Obwohl das Verfahren mit Chevron fast 30 Jahre her ist, sind die Schäden noch nach wie vor zu sehen und was sind heute noch die Auswirkungen?**

**Umberto:** Wir können die Konsequenzen nicht mehr rückgängig machen. In der Zeit, in der Chevron hier aktiv war, wurden viele Flüsse verschmutzt, von denen wir leben. Es ist hier zu Krankheiten wie Krebs gekommen und dabei sind viele Menschen gestorben. Die kleinen Gemeinden leiden besonders und wir haben keine finanziellen Möglichkeiten für Behandlungen. Es ist schmerzhaft zu sehen, wenn Familienmitglieder sterben. Wir wollen gerne in Würde dort leben, wo wir groß geworden sind und wo wir herkommen und das ist uns leider nicht mehr möglich, da unser Land zerstört wurde und auch weiterhin zerstört wird.

**Mónica zu Umberto:** Ich denke, das ist der wichtigste Teil der Veranstaltung, dass wir alle verstehen und sehen, was passiert. Wir sind alle hier, um euch zu unterstützen und um unsere Solidarität zu unterstreichen.

1. **Welche Strategien können wir nutzten, um gegen ISDS im Allgemeinen vorzugehen, wie können wir kooperieren und das ganze unterstützen?**

**Pablo:** 2 Dinge: Wir müssen aufhören die koloniale Perspektive zu benutzen. Wir müssen auch aufhören, in globalem Süden und globalem Norden zu denken, denn das ganze ist ein globales Problem. Menschen und Länder im globalen Norden müssen unterstützen und darüber nachdenken, was im globalen Süden passiert. Denn oft sind die Auslöser für Probleme im globalen Süden im globalen Norden zu finden. Wir brauchen Solidarität und Verbundenheit zwischen den Menschen und dürfen solche Verbrechen, wie die durch Chevron nicht zulassen. Das ist unsere Verantwortung.

**Alessandra:** Das ist eine schwierige Frage. Wir müssen das Thema in unser Curriculum aufnehmen, wir müssen über Kolonialisierung und unser koloniales Denken nachdenken und sprechen und wie sich das ganze auf unser Rechtssystem auswirkt. Da müssen wir ansetzten und etwas verändern. Um das zu tun, müssen wir für mehr Mobilisierung sorgen und mit Fantasie und Solidarität den Prozess der Dekolonialisierung anstoßen.

**Maike:** Für mich ist es das wichtigste, mit den betroffenen Gemeinden anzufangen, da diese ja unter den Konsequenzen leben. Einen Prozess zur Veränderung starten, an dem die Menschen teilnehmen können, das ist eine große Herausforderung jedoch sehr wichtig und effektiv.

**Christian:** Wir müssen daran arbeiten, dass die Gesetzgebung geändert wird. Menschen und Ökologie müssen wichtiger sein als Eigentum. Ich weiß nicht, wie man das lösen kann, aber wir müssen weiterkämpfen.

**Umberto:** Ich habe keine Lösungen, aber ich möchte allen danken. Obwohl ihr außerhalb der betroffenen Gebiete wohnt, unterstützt ihr uns und stärkt uns in unserem Anliegen, uns für das Leben und die Natur einzusetzen. Wir sind uns sicher, dass uns diese Unterstützung ermöglicht, unseren Lebensraum zu verteidigen. Wir merken, dass wir nicht alleine sind und es ist unser gemeinsamer Kampf. Unternehmen müssen dafür sorgen, dass sie besser handeln und die rechte von Indigenen, von Menschen und von der Natur respektiert werden müssen. Das muss Teil der Gesetzgebung sein und respektiert werden.

**Monica:** Ich möchte an die internationale Solidarität appellieren. Das ISDS System ist eine Herausforderung für die Demokratie im Allgemeinen. Man muss aus den Verträgen aussteigen oder wenigstens dafür sorgen, dass keine neuen ratifiziert werden. Es gibt momentan mehrere Abkommen, in denen der Investitionsschutz wieder eine Rolle spielt, deshalb müssen wir weiter dagegen kämpfen.

**Danksagung und Abschluss**